



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Forschungssicherheit an hessischen Hochschulen in internationalen Krisenzeiten erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine die internationale Staatengemeinschaft vor neue wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen gestellt hat. Auch die wirtschaftlichen und territorialen Expansionspläne Chinas führen zu einer Neubewertung der internationalen Sicherheitsarchitektur. All dies macht auch eine Zeitenwende im Umgang mit sicherheitspolitisch relevanter Forschung notwendig.
2. Der Hessische Landtag ist sich bewusst, dass die internationalen Konfliktlagen auch Konsequenzen für die national angesiedelte aber global agierende Wissenschaft und Forschung haben. Cyberbedrohungen, staatlich gesteuerter Wissensabfluss, Zweckentfremdung von Forschung, Multipolarität fordern die Wissenschaftswelt stark heraus. Dies gilt insbesondere im Umgang mit der Volksrepublik China. Der Hessische Landtag erkennt dabei an, dass die Volksrepublik China durch den offen artikulierten Führungsanspruch zu einem systemischen Rivalen auch in Wissenschaft und Forschung geworden ist. Durch das verstärkte Interesse an internationalen Forschungsk Kooperationen sowie der Verschmelzung von ziviler und militärischer Forschung zum Beispiel bei Künstlicher Intelligenz (KI) und Radartechnologie können Sicherheitsrisiken für die nationale Wissenschaft und Forschung entstehen. Der Hessische Landtag appelliert daher an die hessischen Hochschulen, im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit einen sorgsamen, risikobasierten und zurückhaltenden Ansatz in der Zusammenarbeit mit chinesischen Wissenschaftseinrichtungen zu pflegen.
3. Die Gewährleistung der grundgesetzlich verankerten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre stellen für den Hessischen Landtag eine unverrückbare Säule politischen Handelns dar. Gerade angesichts der zunehmenden Herausforderungen ist es staatliche Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit sichern und gleichzeitig mit sicherheitspolitischen Interessen in Einklang stehen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Hessische Landtag die Maßnahmen der Hessischen Landesregierung zum Ausbau des Wissenschaftsstandortes Hessen wie z. B. die Stärkung der Hochschulautonomie und die Bereitstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Hochschulen trotz angespannter Lage.
4. Der Hessische Landtag unterstützt das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur darin, gemeinsam mit der Wissenschaft und den relevanten Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder die Chinaaktivitäten unter Sicherheits Gesichtspunkten zu koordinieren. Er sieht es als erforderlich an, unter Gesichtspunkten nationaler Sicherheit Leitlinien zum Umgang mit sensibler Forschung, Zugang zu universitären Ressourcen sowie ethischen Kriterien in der institutionellen Kooperation zu überprüfen, stetig weiterzuentwickeln und in die hessische Wissenschaftslandschaft zu implementieren. Der Landtag begrüßt, wenn Hessen im Zusammenwirken mit der Wissenschaftsministerkonferenz exemplarisch bei der Sensibilisierung für Risiken von Technologietransfer aus deutschen Hochschulen weiter vorangeht.

5. In Anlehnung an den Begriff der Forschungssicherheit aus dem Annex zur Abschluss-erklärung der G-7 Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister bekräftigt der Hessische Landtag sein kontinuierliches Bestreben, die Sicherheit von Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen weiter zu erhöhen. In diesem Zusammenhang begrüßt er die Erarbeitung des Positionspapiers, das in engem Austausch von BMBF mit den Ländern und den Wissenschaftsorganisationen ein Memorandum einschließlich eines Maßnahmenkatalogs zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende erarbeitet und in diesem Jahr zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Als eine bereits konkrete Maßnahme begrüßt der Hessische Landtag ausdrücklich das Bestreben, eine nationale Unterstützungsstruktur zur Information und Beratung aufzubauen, die wissenschaftliches Personal und Wissenschaftseinrichtungen bei ihren Einzelfallentscheidungen im Kontext von Forschungssicherheit und internationalen Kooperationen unterstützen kann. Er begrüßt, dass die Landesregierung prüft, wie die hessischen Hochschulen durch eine zentrale Stelle zur Beratung und Koordinierung unterstützt werden können.
6. Als Folge der tiefgreifenden technologischen und sicherheitspolitischen Veränderungen sieht sich der Hessische Landtag zudem mit der Frage der Zweckbestimmung von Forschung, vor allem mit Blick auf nationale Sicherheitsinteressen konfrontiert. Nicht zuletzt das Expertengutachten der Bundesregierung zur Forschung und Entwicklung (EFI) empfiehlt, „die strikte Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung (FuE) aufzulösen. Damit könnten sogenannte Spillover-Effekte ausgelöst und ein Dual-Use gefördert werden“. Der Hessische Landtag begrüßt deshalb, dass die Landesregierung die Hochschulleitungen bei der Überprüfung von Zivilklauseln unterstützen möchte.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert